

Potsdam, den 08.09.2025

## BILANZ

der Stadtverordneten Claudia Rödel, Steffen Pfrogner, Julia Laabs, Ute Grimm,  
Anna Ducksch und Lutz Boede.

anlässlich der Rotation in der Fraktion DIE aNDERE zum 22.09.2025



Bei der Kommunalwahl im Juni 2024 errang die Wählergruppe DIE aNDERE 10,2 % der Stimmen und stellt seitdem mit sechs Stadtverordneten die fünftgrößte Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung. Unsere Arbeit war stark durch die Spannungen zwischen dem Vertrauensverlust des damaligen Oberbürgermeisters Mike Schubert (SPD), durch die Probleme einer dysfunktionalen Verwaltung, durch eine angespannte Haushaltslage und durch große Herausforderungen bei der Digitalisierung der Verwaltung und der Organisation der Wärmewende bestimmt.

## Stadtentwicklung, Ökologie, Klimaschutz und Verkehr

Nachdem mehrere Grundstückseigentümer im Umfeld des Brauhausberges eine Verdichtung vorgeschlagen hatten, beantragte die Verwaltung eine Aufnahme dieser Maßnahme in die oberste Kategorie der Prioritätenliste der Bauleitplanung. DIE aNDERE beantragte erfolgreich die Streichung (24/SVV/1056-01).

Auf Antrag unserer Fraktion beschloss die SVV, den Wohnungsanteil im Areal des ehemaligen Staudenhofes nicht abzusenken, sondern auf 70% festzusetzen (25/SVV/0510).

Die Finanzierung der Wärmewende beschäftigte die Stadtverordneten häufig. Das Thema hat auch eine große soziale Bedeutung, weil die Heizkosten für viele Haushalte dramatisch steigen, wenn die Umstellung der Fernwärme auf Geothermie und andere erneuerbare Energieträger nicht gelingt und die Betriebskosten steigen. Zunächst reichte DIE aNDERE einen Antrag ein (24/SVV/1080). Es folgten neue Antragsversionen mit Grünen, Linken und CDU, bevor die Weichen für die Wärmewende gestellt wurden. Allerdings waren auch danach noch Details der Finanzierung zwischen der EWP, deren Minderheitsgesellschafter EDIS und der SWP strittig.

Auf Antrag von Linken, Grünen, CDU und aNDERE wurde der Oberbürgermeister beauftragt, eine auskömmliche Finanzierung des bestehenden ÖPNV-Angebotes sicherzustellen (25/SVV/0197). Auf dieser Basis konnten Ausdünnungen des Fahrplanes verhindert werden.

Nach der Erweiterung der kommunalen Spielräume für die Ausweisung von Tempo 30-Zonen im Stadtgebiet durch neue Bundesgesetze beantragte unsere Fraktion, zu prüfen, in welchen Straßen zusätzlich Tempo 30 festgesetzt werden kann. Zwar erhielt der Antrag (24/SVV/0679) eine Mehrheit, allerdings fielen die Ergebnisse bislang ziemlich dürrig aus, vor allem, weil die Stadtverwaltung über zu wenige Kapazitäten verfügt, die Möglichkeiten auszuschöpfen.

Bei mehrtägigen Veranstaltungen in der Innenstadt soll es künftig nicht mehr zur Sperrung von Radwegen kommen. Unser Antrag 25/SVV/0499 wurde in geänderter Fassung beschlossen. Die Stadtverwaltung erarbeitet nun ein Konzept für wichtige Veranstaltungsorte.

Radwege sollen künftig häufiger farblich gekennzeichnet werden. Das beschloss die SVV (24/SVV/0891). Wir sind auf die konkreten Vorschläge der Verwaltung gespannt.

Unser Prüfantrag zur Entschärfung der Kreuzung Potsdamer Straße/Rückertstraße/Hugstraße (25/SVV/600) wird noch in den Fachausschüssen beraten.

Die von der Stadtverwaltung geplante zusätzliche Busspur in der Potsdamer Straße würde einen kräftigen Eingriff in den Waldbestand des Katharinenholzes bedeuten. DIE aNDERE konnte in den Haushaltsberatungen vorerst eine Streichung der Mittel für das Projekt erreichen und engagiert sich weiter für Planungen, die das Katharinenholz schonen.

Die Landeshauptstadt Potsdam beteiligt sich mit mehreren Projekten an einem Bundesprogramm zur Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel. Nachdem das größte Teilprojekt -die Einführung eines innovativen Bewässerungssystems im Park Babelsberg durch die Schlösserstiftung – mit anderen Mitteln realisiert werden soll, forderten wir, dass mit den Mitteln zumindest ein zusätzliches Projekt umgesetzt wird. Dafür schlugen wir den Bau einer Zisterne vor (24/SVV/0900). Der Bau-Beigeordnete versuchte, vor Behandlung unseres Antrages, die Verwaltungsvorlage in der SVV zu beschließen. Letztlich konnten wir unser Anliegen aber mit einem Änderungsantrag durchsetzen (24/SVV/0882-01) Nun soll im Nuthepark eine Regenwasserzisterne als Pilotprojekt entstehen.

Auf Antrag der Fraktion DIE aNDERE prüft die Stadtverwaltung, ob eine Verkehrsberuhigung im mittleren Teil der Rudolf-Breitscheid-Straße (24/SVV/0892) möglich ist. Wir wünschen uns zwischen Rathauskreuzung und Plantagenstraße einen autofreien Bereich mit großzügigen Radwegen und barrierefreien Haltestellen für Bus und Tram. Das Prüfergebnis soll im Dezember 2025 vorliegen.

Nachdem wir den Antrag zur lückenlosen Kontrolle von beauftragten Ersatzpflanzungen (24/SVV/0893) eingereicht hatten, führte unsere Fraktion ein interessantes Fachgespräch mit der Naturschutzbehörde. Wir zogen den Antrag im Ergebnis zurück und werden uns für mehr Personalstellen in diesem Bereich einsetzen.

## **Wohnen, Soziales, Gesundheit, Inklusion**

Gescheitert sind wir mit dem Versuch, den Leerstand im städtischen Wohnungsbestand im Regelfall auf 3 Monate zu begrenzen. Zu dem Antrag hatten uns Beschwerden von Anwohnenden über langen Leerstand in der Kiezstraße und der Nutheschlange veranlasst. Trotz Zustimmung im Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion (GSWI) fiel der Antrag 24/SVV/0905 in der SVV durch.

Obwohl Grüne und SPD sich in ihren Wahlprogrammen gegen den Verkauf städtischer Wohnungen positionieren, stimmten sie gegen unseren Antrag, keine städtischen Wohnungen mehr zu verkaufen (24/SVV1432). Daher wurde der Antrag abgelehnt. Mieter\*innen von ca. 100 Wohnungen sind vom Verkauf bedroht.

Die Grünen-Fraktion beantragte einen Appell an das Land, künftig Neubau von Wohnraum stärker zu fördern. Unser Antrag, ergänzend dazu einen Verzicht auf die Förderung von Wohnungsabriss zu fordern, wurde zwar im Sozialausschuss angenommen, letztlich aber in der SVV abgelehnt (24/SVV/0949-01).

Geflüchtete müssen für die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften stattliche Gebühren bezahlen. Eine dreiköpfige Familie bekommt für ein 20qm großes Zimmer nicht selten einen Gebührenbescheid von 1.200 Euro/Monat. Besonders problematisch ist, dass die Bescheide häufig mit monatelanger Verspätung rückwirkend zugestellt werden. Wohngeld kann aber nicht rückwirkend beantragt werden. Um dieses Problem zu entschärfen, beantragten wir zusammen mit Grünen und Linken (25/SVV/0005), dass die Gebührenpflicht künftig erst für den Monat entsteht, in dem der Bescheid zugestellt wird. Nach vielen Diskussionen wurde der Antrag abgelehnt. Inzwischen gibt es eine AG des Migrantenbeirates, die mit der Verwaltung nach Lösungen sucht.

Einen großen politischen Erfolg konnten wir bei der Bezahlkarte für Geflüchtete erreichen. Bereits vor der Kommunalwahl hatte die Stadtverordnetenversammlung mit großer Mehrheit beschlossen, dass der Oberbürgermeister sich im Land gegen die Einführung dieser stigmatisierenden und integrationsfeindlichen Maßnahme wendet und selbst alle Spielräume nutzt, um die Leistungen in Potsdam weiterhin in Form von Bargeld auszuzahlen. Der Oberbürgermeister und die Sozial-Beigeordnete kündigten an, sich nach der Wahl um eine Aufhebung dieses Beschlusses zu kümmern. Dabei rechnete die Stadtspitze wohl mit einem Stimmenzuwachs bei CDU und AfD. Tatsächlich brachte der Oberbürgermeister einen Antrag ein, um die Bezahlkarte auch in Potsdam einführen zu können (24/SVV/0910). Als in wochenlangen Diskussionen deutlich wurde, dass dieser Antrag von Grünen, DIE aNDERE, Linken, BfW und Teilen der SPD abgelehnt wird, zog ihn Mike Schubert letztlich zurück. Potsdam ist die einzige Stadt, in der die Bezahlkarte nicht umgesetzt wird.

Inzwischen umgesetzt ist unser Antrag, in allen städtischen Gebäuden mit Publikumsverkehr kostenlose Periodenprodukte bereitzustellen (24/SVV/0899).

Gleich mehrfach machte sich DIE aNDERE für den Erhalt der Schulanschluss- und Ferienbetreuung für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen stark. Durch eine Änderung der Rechtslage auf Bundesebene sollte die Übernahme der hohen Betreuungskosten für Eltern nur noch nach Prüfung von Einkommen und Vermögen erfolgen. Künftig soll die außerschulische Ferienbetreuung als Leistung der Jugendhilfe für Jugendliche mit Behinderung laufen. Die Schulanschlussbetreuung während der Schulzeit soll als Angebot der Teilhabe an Bildung auf der Grundlage eines Konzeptes der Oberlinhschule erfolgen. Eine Einkommens- und Vermögensprüfung entfällt für die Eltern.

Noch keine abschließende Entscheidung ist über unseren Antrag getroffen worden, in allen Tochtergesellschaften der städtischen Wohnungsgesellschaft Pro Potsdam nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) zu bezahlen (25/SVV/0428).

Auch der Vorschlag, dass bei Bedarf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabe-Paket des Bundes (BuT) durch die Stadt direkt an Caterer, Sportvereine oder soziale Träger bezahlt werden, um die monatelange Vorfinanzierung durch finanziell schwache Familien zu vermeiden, wird noch in den Ausschüssen diskutiert (25/SVV/0429).

Die geplante Zukunftswerkstatt gegen soziale Isolierung nimmt als zusätzliche Zielgruppe auch jungen Menschen in den Fokus. Das beschloss die SVV auf Antrag der Fraktion DIE aNDERE (25/SVV/0513-01).

## **Bildung, Kultur und Sport**

Mit großer Mehrheit beschloss die SVV unseren Antrag, auch bei künftigen Entgeltordnungen der Stadt- und Landesbibliothek die Entgeltfreiheit für Kinder und Jugendliche zu gewährleisten und die bisher geregelten Ermäßigungen für andere Personengruppen zu erhalten. Stattdessen regen wir eine Solikarte auf freiwilliger Basis an (25/SVV/0270).

Die erfolgreiche Sonntagsöffnung der Bibliothek wird nach einem Antrag von SPD, Grünen, aNDEREN und Linken auf die Sommerferien ausgedehnt (25/SVV/0511).

Bei der Diskussion der neuen Entgeltordnung für das Wohnheim der Eliteschule des Sports im Luftschiffhafen beantragte DIE aNDERE eine Erhöhung des monatlichen Gebührensatzes von 40 auf 140 Euro und im Gegenzug die Einführung einer Härtefallregelung für finanziell schwache Familien und die Bezahlung der Erzieher\*innen nach TVöD. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass dieser ausgewogene Vorschlag von allen anderen Fraktionen abgelehnt wurde (25/SVV/0482-01).

Gemeinsam mit den Grünen forderten wir eine Anhebung des Kulturetats auf den tatsächlichen Bedarf (24/SVV/SVV/0921). Nachdem zahlreiche Sparmaßnahmen im Bereich der Kultur zurückgenommen wurden, zogen wir den Antrag zurück.

Der Beschluss „Eine Zukunft für das Rechenzentrum“ gehört sicher zu den wichtigsten Erfolgen des letzten Jahres. Die Fraktionen SPD, Grüne, DIE aNDERE, BfW und Linke setzten durch, dass das Sanierungsziel Abriss des Rechenzentrums aufgegeben wird und Perspektiven für das Kunst- und Kreativhaus geschaffen werden (25/SVV/0676).

Ein fraktionsübergreifender Antrag von SPD, aNDERE, Linke, Grüne und BfW beauftragte den Oberbürgermeister, die Benennung von drei Plätzen im Stadtteil Babelsberg nach den Nowaweser Arbeiter\*innen Olga Bathe, Wally Lehnert und Anna Müller vorzubereiten (25/SVV/0186). Inzwischen hat die Verwaltung die nötigen Formalien geprüft und zugesagt die erforderliche Beschlussvorlage im September in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen.

Einen erfolgreichen Abschluss fand nun endlich auch unsere Initiative, die Straße mit dem rassistischen Namen „Zu den drei Mohren“ im Ortsteil Neufahrland umzubenennen. Nach einigen unnötigen Umwegen durch Ausschüsse und Beiräte, erhielt die Straße den Namen „Zum Fahrlander See“ (24/SVV/0908).

Offen ist unser Antrag, den Steubenplatz nach der jungen Arbeiterin Helene Bürger umzubenennen, die dort bei einer Demonstration gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch erschossen wurde (25/SVV/0427). Über den Vorschlag wird zunächst das Fachgremium für Erinnerungskultur beraten.

Auch eine Klarstellung, dass die SVV den Sportplatz des ESV Lokomotive Potsdam an der Glienicker Brücke auch künftig als Sportfläche nutzen lassen will und eine Wohnbebauung nicht vorgesehen ist, beantragten wir gemeinsam mit den Grünen und erhielten eine große Mehrheit (24/SVV/0948).

## Stadtverwaltung

Mit einem unserer ersten Anträge strebten wir die Umstellung des Bürgerservice auf ein System ohne zwingende Terminvergabe an (24/SVV/0678). Letztlich wurde ein neues Konzept beschlossen. In einer (viel zu kleinen) Filiale am Platz der Einheit können Menschen den Bürgerservice jetzt ohne Termin besuchen.

Ein weiterer Antrag, der angenommen wurde (24/SVV/0688) fordert die erleichterte Ausstellung von Dokumenten mit Übersetzungshilfe, also die Bereitstellung mehrsprachiger Dokumente, die in den EU-Staaten ohne weitere Übersetzung anerkannt werden.

Die Landeshauptstadt Potsdam verlässt nach einem Antrag unserer Fraktion (25/SVV/0271) mit ihren Accounts die Plattform X und erarbeitet eine neue Social Media-Strategie.

Gemeinsam mit Grünen, SPD und Linken beantragten und beschlossen wir die Erstellung eine Prioritätenliste für Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung (25/SVV/0598).

Unser Antrag, bei Einbürgerungsanträgen eine digitale Antragsbearbeitung zu optimieren, kursiert noch in den Fachausschüssen (25/SVV/0423). Hier arbeiten wir gerade an einer neuen präziseren Antragsfassung, die zu einer deutlichen Reduzierung der Bearbeitungszeiten beitragen soll.

## Demokratie und Grundrechte

Mit einem gemeinsamen Antrag der demokratischen Fraktionen (außer BVB/FW) wurde die Grundlage für eine faire und verlässliche Fraktionsfinanzierung gelegt, die an die tarifliche Entwicklung angepasst ist und klare Anforderungen an die Fraktionen formuliert (24/SVV/1112).

Unsere Fraktion schlug mit dem Antrag 24/SVV/1247 Maßnahmen zur Verkürzung der SVV-Sitzungen vor. Insbesondere sollen der Bericht des Oberbürgermeisters und die Beantwortung der Einwohnerfragen künftig vorab schriftlich ausgereicht und nur noch Nachfragen beantwortet werden. Nach Zustimmung der SVV wurde das in den letzten Sitzungen ausprobiert. Was dauerhaft umgesetzt wird, entscheiden die Stadtverordneten bei der Überarbeitung der Geschäftsordnung.

Ein Antrag von Grünen, aNDERE und SPD zur Parität in Aufsichtsgremien der städtischen Betriebe (24/SVV/0947) wurde als Prüfauftrag beschlossen.

Bedauerlicherweise wurde unser Antrag abgelehnt, die jahrelange systematische Diskriminierung behinderter Menschen durch die Führerscheinstelle in einem Zeitweiligen Ausschuss aufzuklären und die persönliche Verantwortung dafür aufzuklären (24/SVV/1049).

Zur besseren Vereinbarkeit des ehrenamtlichen SVV-Mandates mit dem Beruf beantragten wir erfolgreich, künftig keine Sitzungstermine mehr in den Ferien anzuberaumen, wenn nicht alle Mitglieder des Gremiums zustimmen (25/SVV/1046).

Auf Anregung des Rechnungsprüfungsamtes und unsere Initiative wird die regelmäßige Berichterstattung über die Vergabe von Gutachten und Untersuchungen künftig auch auf Beratungsleistungen ausgedehnt (24/SVV/24SVV/1040).

Die Forderung keine Infostände von Parteien unmittelbar vor Schulen zu genehmigen, wurde durch eine Mehrheit der Stadtverordneten abgelehnt. (24/SVV/1050). Ähnlich erging es unserem Antrag, keine Parteiveranstaltungen mehr in Schulen und städtischen Verwaltungsgebäuden zuzulassen (24/SVV/1248).

Erfolgreich war dagegen unser Antrag auf Mitgliedschaft der Landeshauptstadt im kommunalen Netzwerk Komm.A, in dem sich kommunale Verwaltungen gegen rechtsextreme Bestrebungen organisieren (24/SVV/ 1258).

Auf der Homepage der Landeshauptstadt Potsdam wurde unzureichend und versteckt über die Rechte informiert, die sich aus dem neuen Selbstbestimmungsgesetz ergeben. Mehrfach fragten Betroffene, wo man den Geschlechtseintrag ändern lassen kann. Deshalb beantragten wir, die relevanten Informationen auf der Homepage zu veröffentlichen (24/SVV/1417). Das erledigte die Verwaltung dann, bevor über den Antrag abgestimmt wurde.

Die Beiräte der Landeshauptstadt Potsdam sollen künftig in den Printmedien städtischer Betriebe einfacher über ihre Arbeit informieren können. Mit einem Änderungsantrag sorgte DIE aNDERE dafür, dass dies neben dem Seniorenbeirat auch für den Migrantenbeirat und den Behindertenbeirat gilt (25/SVV/0531-01).

## Abwahl des Oberbürgermeisters

Bereits vor der Kommunalwahl initiierte der SPD-Fraktionsvorsitzende Pete Heuer einen Antrag auf Abwahl der Oberbürgermeisters Mike Schubert. DIE aNDERE beteiligte sich nicht daran, weil wir dem Oberbürgermeister die Chance geben wollten, die Vorwürfe der Vorteilsannahme im Amt in einem gerichtlichen Verfahren auszuräumen und weil wir uns an einem intransparenten Verfahren unter Beteiligung der AfD nicht beteiligen wollten. Nachdem Mike Schubert dann einen Deal mit der Staatsanwaltschaft zur Einstellung des Verfahrens geschlossen hatte, bewerteten wir seinen Umgang mit den Vorwürfen und seine Leistung als Leiter der Verwaltung. Im Ergebnis entschloss sich DIE aNDERE, einen eigenen Abwahantrag zu initiieren. Dabei haben wir sichergestellt, dass der Antrag unter einer Drucksachen-Nummer (24/SVV/1458) transparent eingebracht und begründet wurde und dass es zu keinem Zeitpunkt auf Stimmen der AfD ankam. Das Ergebnis ist bekannt. Der Abwahantrag wurde mit einer Zweidrittelmehrheit der demokratischen Fraktionen eingebracht und abgestimmt. Im folgenden Bürgerbegehren wurde Mike Schubert mit großer Mehrheit abgewählt.

## Haushalt mit anderer Handschrift

Seit mehreren Monaten verunsicherten der Oberbürgermeister und sein Kämmerer die Stadtgesellschaft mit einer völlig überzogenen Spardebatte. Soziale Einrichtungen, kulturelle Träger und Beratungsangebote sahen sich in ihrer Existenz bedroht. Die Fraktionen erhielten zahlreiche Mails, Anrufe und Besuche. Ein breites gesellschaftliches Bündnis protestierte bei der SVV-Sitzung im März gegen die Kürzungen und mobilisierte zur großen Demo.

Die Fraktionen Linke, Grüne, SPD und Andere haben sich zusammengesetzt und ausgelotet, ob dieser Sparhaushalt abgewendet werden kann. Auf Drängen der 4 Fraktionen prüfte der Oberbürgermeister Einsparpotentiale in der Verwaltung und legte letztlich eine Liste vor, die entsprechende Maßnahmen im Umfang von ca. 60 Millionen für die Jahre 2025-2028 vorsieht. Auf dieser Basis verständigten sich die Fraktionen auf einen gemeinsamen Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf.

Damit konnten zahlreiche Kürzungen abgewendet werden. Das verbilligte Schülerticket, der Preisdeckel für das Schulesen und die 3. Betreuungsstufe in den Kitas bleiben erhalten. Hans-Otto-Theater, die städtischen Museen und der Nikolaisaal erhalten mehr Geld. Auch Mehrbedarfe für die freie Kultur werden finanziert. Die Projekt- und Festivalförderung wird wieder auf das Budget von 2024 angehoben. Die Bibliothek bleibt für Kinder und Jugendliche kostenlos und kann die Sonntagsöffnung fortsetzen. Mehr Geld gibt es für die Bürgerhäuser, soziale Projekte, Jugendeinrichtungen, Grünflächen, Bäume und Spielplätze. Die Antidiskriminierungsberatung der Opferperspektive und die PLUS-Projekte können wiederaufgenommen werden. Auch die Biosphäre wird nicht heimlich über die Kürzungsliste beerdigt, sondern erhält eine Chance.